

Nachrichten für Naunhof

Amtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

Stuht. Sonntagsbeilage

Feuilleton Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Größ- und Kleinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staadtitz, Threna zc.

Ercheini: wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 3 Mk. 20 Pfg. Anzeigenpreis: die sechsgehaltene Zeile 30 Pfg., auswärts 35 Pfg. Amtlicher Teil 60 Pfg. Reklamazeile 70 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Meldeamtverweigerung, Verhinderung im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursachen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abholung des Bezugspreises.

Nr. 141.

Mittwoch, den 26. November 1919.

30. Jahrgang.

Amtliches.

Freitag und Sonnabend, den 28. und 29. November ds. Js. kommen

120 gr ausländisches Pökelschweinefleisch (Kinder 60 g) — zur Verteilung.
Der Preis für das Fleisch beträgt für 120 g 1,23 Mk. und für 60 g 62 Pfg.

Grimma, 21. November 1919. 3246 Fl.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Gegen Abschneiden der roten Karte Marke N Nr. 10 werden vom 27. November bis 1. Dezember herausgegeben:

150 gr Feigwaren für 20 Pfg. und
100 gr Grieß für 19 Pfg.

Gleichzeitig kommen gegen Durchkreuzen der Brotausfuhr-Bezugs-
marke Nr. 16

125 gr Auslandsmarmelade für 65 Pfg.
zur Ausgabe.

Abgabe an die Händler bei den Warenverteilungsstellen
26. November. Gefäße sind mitzubringen.

Grimma, 22. November 1919.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Warenverteilungsstellen: G. A. Hof.

Kartoffeltrocknung.

Das Trocknen, Kleinen, ungefundert und zur menschlichen Ernährung unbrauchbarer Kartoffeln ist mit Genehmigung des Bezirksverbandes gestattet. Diesbezügliche Gesuche sind unter Angabe der Menge und der Trocknungsorte an die Kartoffelstelle, Grimma, Schützenhaus, zu richten, bevor die Kartoffeln an die Fabrik abgeliefert werden. Die zur Trocknung freigegebenen Mengen werden auf die jahresprozentige Schwundreserve angerechnet. Im Allgemeinen können größere Mengen als die nach dem Ernteergebnis zu errechnende Gesamtschwundmenge betragen, nicht freigegeben werden.

Darüber hinaus müssen besondere und begründete Anträge gestellt werden, namentlich dann, wenn es sich um durch Frost beschädigte Kartoffeln handelt.

Der Bezirksverband behält sich vor, bei größeren Mengen durch Sachverständige Nachprüfungen vor der Freigabe vornehmen zu lassen.

Grimma, den 22. November 1919. K. 815.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Ablieferungspflicht aus Hauschlachtungen.

Das Wirtschaftsministerium, dem die in letzter Zeit zahlreich hier eingegangenen Anträge auf Aufhebung der Verpflichtung zur Abgabe eines Schweineviertels bei Hauschlachtungen vorgelegt worden sind, ist zu seinem Bedauern nicht in der Lage, die Vorschriften über die Schweineviertelabgabe aufzuheben.

Die Ablieferung der Schweineviertel hat deshalb nach wie vor an die auf dem Genehmigungsantrage angegebene Sammelstelle zu erfolgen.

Grimma, 20. November 1919. 3251 Fl.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Gier.

Bei
Anna Haase, Lange Straße 62,
Minna Schirach, Bahnhofstraße 18,
Bertha Wiegner, Lange Straße 54
werden von Mittwoch, den 26. d. M. ab Auslandsleier zum
Preis von 1 Mk. 20 Pfg. das Stück markenfrei abgegeben.

Naunhof, am 25. November 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.
Willer. Thiemann.

Anzugstoff.

Der Stadtgemeinde ist ein Posten
Toppensstoff zum Preise von 13 Mk. — Pfg. das Meter und
Anzugstoff „ „ „ 32 Mk. — Pfg. „ „ „

vom Bezirksverband zur Verfügung gestellt worden. Diese
Stoffe sollen an minderbemittelte Einwohner mit einem Ein-
kommen unter 4000 Mk. oder an kinderreiche Familien abge-
geben werden. Gelleistet wird entweder der Stoff zu einem An-
zug oder zu einer Toppe.

Anmeldungen zum Bezuge sind im hiesigen Rathaus
Meldeamtzimmer bis Sonnabend, den 29. d. M. anzubringen.

Naunhof, am 24. November 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.
Willer. Thiemann.

Brennholz.

Der Stadtgemeinde wird voraussichtlich demnächst ein
größerer Posten Brennholz (Rollen und Stöcke) zugewiesen.
Dieses Holz soll an minderbemittelte Einwohner bis zu 6000
Mk. Einkommen abgegeben werden. Der Preis stellt sich je
nach dem Einkommen auf 20 bis 50 Mk. je rm. Abgegeben
wird an die Haushaltung etwa 1 rm.

Bestellungen hierauf sind bis 29. d. M. im hiesigen Rat-
haus Meldeamtzimmer anzubringen.

Naunhof, am 24. November 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.
Willer. Thiemann.

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 4 %.
Übertragungen durch unser Postscheckkonto Leipzig
No. 10783 spesenfrei. — Geschäftszeit 10—1 Uhr.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Da die Berliner deutsch-polnischen Verhandlungen zu
keinem abschließenden Ergebnis geführt haben, sollen sie in
Paris fortgeführt werden.

* Der Reichskommissar für Schlesien, Dörfling, tritt von
seinem Amte zurück, weil die Regierung seinen Antrag, den
Belagerungszustand in Schlesien aufzuheben, abgelehnt hat.

* Die Vernehmung Hindenburgs und Ludendorfs durch
den parlamentarischen Untersuchungsausschuss wird fortgesetzt
werden.

* Der Reichsparlament des Zentrums soll nunmehr im
Januar 1920 zusammenzutreten.

* Das Zentralkomitee der unabhängigen sozialdemokratischen
Partei Deutschlands veröffentlicht eine Erklärung, die allen
Gewächsen über eine bevorstehende Einigung der beiden
sozialdemokratischen Parteien vorläufig ein Ende bereitet.

* Der Parteitag der Unabhängigen wird nunmehr am
30. November in Leipzig beginnen.

* Der Berliner Metallarbeiterstreik hat den Streikfassen der
beteiligten Organisationen 20,6 Millionen Mark gekostet.

Auflösung?

Herr Dörfling, der Reichs- und Staatskommissar für
Oberschlesien, hat nach einer Sitzung im Ministerium des
Innern, an der neben allen zuständigen preussischen
Stellen auch das auswärtige Amt und andere Reichs-
behörden beteiligt waren, sein Abschiedsgesuch angefordert.
Er will keine Dienstentlassung beantragen, weil die
Zentralstellen den Belagerungszustand für Ober-
schlesien noch nicht aus der Hand geben wollen, während
der Staatskommissar ihn, entsprechend der einstimmig aus-
gesprochenen Anschauung einer von ihm am 14. November
abgehaltenen Konferenz der örtlichen Parteiführer, als
überflüssig bezeichnete. Die Regierung glaubte, daß die
überaus milde Handhabung des Belagerungszustandes
niemand, besonders keinen tubeliebenden Reichens zu
süden brauche, daß aber die politische Lage keine Auf-
hebung verbiete. Woraus Herr Dörfling dann in der Tat
keine Konsequenzen zu ziehen hat.

Auffällig bleibt jedoch, daß er die Erklärung, mit der
er seinen bevorstehenden Rücktritt begründete, dahin formuliert,
es komme nunmehr für ihn und seine Partei in
Frage, ob der Belagerungszustand weiter mit seinem
Namen gedeckt werden könne. Seine Freunde und er
glauben dies verneinen und die weitere Verantwortung
denn überlassen zu müssen, die mit seinen Maßnahmen
nicht einverstanden seien. Das klingt fast so, als wolle
nicht nur dieser sozialdemokratische Staatskommissar,
sondern auch die sozialdemokratische Partei sich von der
verantwortlichen Geschäftsführung in Oberschlesien zurück-
ziehen, und es fragt sich, ob die Kritik oder der Konflikt,
wie man es nennen will, auf dieses eine Teilgebiet des
preussischen Staates beschränkt bleiben kann. Für Ober-
schlesien liegen allerdings besondere Gründe für eine Neu-
orientierung der Parteien vor. Die Gemeindevahlen vom
9. November haben gerade den Wehrheitssozialisten sehr
empfindliche Niederlagen gebracht; das Vertrauen des
größeren Teils der Bevölkerung können sie im weitesten
nicht mehr für sich in Anspruch nehmen, und die Polen, mit
denen sie früher immer ein Herz und eine Seele waren, wollen,
seitdem im Osten das neue politische Reich entstanden ist, schon
gar nichts mehr von ihnen wissen. Aber eine Neu-

gruppierung in Schlesien könnte auch für die Gesamtlage
in Preußen nicht wohl ohne Rückwirkung bleiben; zumal
in der Landesparlamentation schon seit Wochen allerlei
Liebenswürdigkeiten zwischen den sozialistischen und den
bürgerlichen Bestandteilen der Regierungsmehrheit im
Gange sind. Nebenher laufen die heißen Bemühungen
um Wiederherstellung der brüderlichen Einigkeit zwischen
den beiden sozialistischen Gruppen, die, wenn sie gelängen,
den Demokraten und Zentrumsleuten das Abschiednehmen
von den Ministerständen wesentlich erleichtern würde. Eine
Trennung in Preußen müßte aber auch — anders als im
Sommer — im Reich die Auflösung der Koalitions-
regierung zur unmittelbaren Folge haben, da jetzt nicht
wie damals eine Einzelfrage sich zwischen die Wehrheits-
parteien stellte, sondern die ganze Grundlage ihres Zu-
sammenschlusses bedroht wäre. Wenigstens muß man bis
auf weiteres annehmen, daß Zentrum und demokratische
Volkspartei mit den Unabhängigen keine Möglichkeit einer
gemeinsamen erproblichen Tätigkeit finden könnten — und
umgekehrt.

Aber so weit sind wir im Augenblick noch nicht.
Renner der ober-schlesischen Verhältnisse werden vielleicht
die hier eröffneten Perspektiven als hinfällig bezeichnen
und hinter dem Rücktritt Dörflings mehr persönliche als
politische Gründe zu suchen geneigt sein. Wenigstens
sollte man dieser Tage in dortigen Blättern mancherlei
Spotterei auf den hochwürdigen Herrn Reichs-
und Staatskommissar lesen, in denen gewisse Lokale, gewisse
Lieder und gewisse nächtliche Vergnügungen eine aus-
gesprochen handgreifliche Rolle spielen. Der Abgang aus
grundrührlichen Erwägungen heraus macht sich in solchen
Fällen immer ungleich besser. Aber die Frage des Be-
lagerungszustandes ist doch nun einmal auf Tapet
gebracht, und wenn Herr Dörfling damit im Recht ist,
daß mit ihm auch seine Partei die weitere Verlängerung
dieser außerordentlichen gesetzlichen Vollmachten ablehnt,
dann gewinnt dieser Personalwechsel unsehbar ein ernstes
Gesicht. Die Verteilungskünstler werden ihre ganze
Gewandtheit aufbieten müssen, wenn dieser „Fall“ auf
seinen Ausgangspunkt beschränkt bleiben soll.

Eine amtliche Erklärung

fast zu den Vorparlamenten, daß die bisherigen Nachrichten
über die Verhandlungen im Ministerium des Innern und
über den Rücktritt Dörflings unzutreffend und unvollkommen
sind. Es hat mit den Seiten der Behörden aus Ober-
und Mittelschlesien eine Belagerung zur Information über die
letzte Lage stattgefunden, an der auch ein Vertreter des
Kustministeriums Anteil genommen hat. Dabei wurde fest-
gestellt, daß in der Besse des Zentrums und der Sozial-
demokratie in Oberschlesien der Wunsch nach Aufhebung
des Belagerungszustandes geäußert worden sei und daß auch
Parteiführer dieser Parteien und der deutschen demokratischen
Partei den gleichen Wunsch geäußert hätten. Auch Herr
Dörfling erklärte, daß er zwar keine Garantie für die Fort-
dauer des friedlichen Zustandes, der gegenwärtig in Ober-
schlesien herrsche, übernehmen könne, daß er aber trotzdem die
Aufhebung des Belagerungszustandes vorschläge, natürlich
unter dem Vorbehalt, daß er beim Ausbruch neuer Unruhen
wieder eingeführt werden müsse. Demgegenüber wurde von
verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß bei der bevor-
stehenden Entlohnung Oberschlesiens vom Militär erst recht
außerordentliche Sicherungsmaßnahmen vorgenommen werden
müßten, und daß wohl zu überlegen wäre, ob man eine
Maßregel dieser Art aufheben könne, wenn man mit der
Möglichkeit rechnen müsse, sie bald wieder einzuführen. Zum
Schlusse sagte der Minister des Innern das Ergebnis der
Belagerung dahin zusammen, daß weder er noch das
preussische Staatsministerium allein in dieser Frage entscheiden
könnten, sondern daß sie nur in Verbindung mit dem Reichs-
kabinett geregelt werden könnte. Eine sofortige Aufhebung
des Belagerungszustandes könne demnach nicht in Frage
kommen. Darauf gab Herr Dörfling die bekannte Erklärung
seines Rücktritts ab. Der Minister des Innern erwiderte,
daß auch die Amtsniederlegung nicht ohne Zustimmung der
Reichs- und Staatsregierung zulässig wäre. Der Minister
erwachte Herrn Dörfling, sein Amt einstweilen weiterzuführen,
was dieser aufbietet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Der Reichskohlenrat hat in Berlin seine erste
Sitzung abgehalten, in der Bergwerksbesitzer Hugo
Stinnes lebhaft Angriffe gegen das Reichswirtschafts-
ministerium richtete wegen der Einschränkung des Hütten-
selbstverbrauchs. Er machte der Regierung den Vor-
wurf, daß sie ohne Berücksichtigung der Folgen für die
deutsche Volkswirtschaft die Kohlenlieferungen an die
Entente schon begonnen habe, ehe sie nach dem Friedens-
vertrag dazu verpflichtet war. Sowohl seitens des
Reichskohlenkommissars wie seitens der Regierungs-
vertreter wie auch seitens der Arbeitervertreter wurden

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe

bringen jährlich 50 Mark Sparzinsen, außerdem Bonus und Gewinne